

Niederschrift

der öffentlichen Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 23.03.2010

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 18:40 Uhr

Anwesend sind:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	17:00 Uhr bis 18:50 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	17:00 Uhr bis 18:50 Uhr
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	17:00 Uhr bis 18:50 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	17:00 Uhr bis 18:50 Uhr
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	17:00 Uhr bis 18:50 Uhr
Frau Katharina Hintz	SPD	17:00 Uhr bis 18:50 Uhr
Herr Gottfried Koehn	SPD	18:00 Uhr bis 18:50 Uhr
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	17:00 Uhr bis 18:50 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	17:00 Uhr bis 18:50 Uhr
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	17:15 Uhr bis 18:50 Uhr

Entschuldigt fehlen:

Herr Raik Müller	CDU	Vertreter: Herr Scholtyssek
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	
Herr Johannes Krause	SPD	Vertreter: Herr Koehn

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Beginn der Sitzung wurden folgende Unterlagen verteilt:

- Überarbeitete Einladungen für die Sondersitzungen des Finanzausschusses
 - o 25.03.2010 - Dezernat IV - 16:30 Uhr - Stadthaus, Wappensaal
 - o 30.03.2010 - Dezernat III - 16:30 Uhr - Stadthaus, Wappensaal

- 13.04.2010 - Abschlussberatung - 16:30 Uhr, Ratshof, Raum 105 / 107
- Beantwortungen des Dezernates I der Fragen aus der Sitzung am 11.03.2010
 - Strategie zum Abbau des strukturellen Defizits
 - Rechtliche Grundlage zur Vorlage des Jahresabschlusses der Stadt
 - Allgemeine Finanzwirtschaft - UA 9100 (VMH) Umschuldung von Krediten
 - Rechtliche Grundlagen zur Beifügung des Wirtschaftsplanes der TOO GmbH als Anlage zum Haushaltsplan
 - Entwicklung des Ansatzes FAG - UA 9010
 - Erläuterungen zu dem allg. Planungsverfahren der Nachzahlungen aus der Bewirtschaftung der Vorjahre an das ZGM
- Änderungsanträge zum Haushaltsplanentwurf 2010
 - SPD-Fraktion Erhöhung sonstige Angelegenheiten - Ermäßigung Schülerspeisung - Vorlage: V/2010/08766
 - CDU-Fraktion Erhöhung auf Vorjahresniveau des Haushaltsansatzes freiwillige Feuerwehren - Vorlage: V/2010/08771
- Voraussichtliches Ergebnis 2009 mit Stand vom 22.03.2010 (ohne Abschlussbuchungen, Altfehlbetrag hier nicht enthalten, Einnahmen aus Konsolidierungsbeiträgen zum Abbau Altdefizit enthalten)

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Folgende Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Beschlussvorlagen
- 3.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2010 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2008
 Dezernat V - Wirtschaft und Arbeit
 Vorlage: V/2009/08484
4. Anträge von Fraktionen und Stadträten
5. schriftliche Anfragen von Stadträten
6. Mitteilungen
7. mündliche Anfragen
8. Anregungen

zu 3 **Beschlussvorlagen**

zu 3.1 **Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2010 sowie participationsbericht über das Jahr 2008** **Dezernat V - Wirtschaft und Arbeit** **Vorlage: V/2009/08484**

Herr Geier entschuldigte Herrn Neumann, der krankheitsbedingt abwesend sei.

An der Diskussion beteiligten sich Herr Bönisch, Herr Wolter, Herr Dr. Meerheim, Herr Dr. Wöllenweber, Herr Weihrich, Herr Misch, Herr Geier, Herr Jaeger, Frau Herrmann, Frau Gruß, Frau Dr. Sachse, Herr van Rissenbeck, Herr Jacob, Herr Bielecke und Herr Götte.

Stabsstelle 801 Arbeitsmarkt (i.A.)

7990 Stabsstelle Arbeitsmarkt

Die Verwaltung wurde um Zuarbeit gebeten, an welcher Stelle die Mitarbeiter zu den Personalkosten im Stellenplan aufgeführt sind. Ggf. müsse eine Korrektur im Stellenplan vorgenommen werden (inklusive Änderungsblatt).

Bezüglich der Haushaltsstelle 1.7990.716000 Zuschüsse an sonstige öffentliche Sonderrechnungen (8.800 €) wird die Verwaltung um eine Zuarbeit für die geplante Verwendung gebeten.

Herr Jaeger erläuterte aufgrund einer Anfrage, dass aktuell die Sichtung der Bewerbungsunterlagen erfolge, um die Personalentscheidung treffen zu können. Die Stelle solle so schnell wie möglich besetzt werden. Da nicht allen Mitgliedern des Finanzausschusses die genauen Aufgaben der Stabsstelle Arbeitsmarkt bekannt seien, sagte er eine Erläuterung zu.

(17:15 Uhr - Herr Weihrich kam in die Sitzung.)

Stabsstelle 802 DLZ Wirtschaft

7911 Stabsstelle DLZ Wirtschaft

Zum Dienstleistungszentrum Wirtschaft erläuterte Herr Jaeger, dass in diesem zusätzliche Leistungen zur Wirtschaftsförderung erbracht werden.

Frau Dr. Sachse fügte an, dass für diese Mehrleistungen 2 Stellen aus dem Bereich der Wirtschaftsförderung dauerhaft umgesetzt wurden. Die Neu- bzw. Wiederbesetzung der Stellen erfolge mit verwaltungsinternen Mitarbeitern. Sie stellte klar, dass es sich um 4 Stellen handelt und nicht um 5. Die Angaben auf Seite 309 und 496 des Haushaltsplanes werden dementsprechend korrigiert.

Amt 80 Amt für Wirtschaftsförderung

7910 Wirtschaftsförderung

Im Hinblick auf den Zuschuss an den Verein Sachsen-Anhalt Medien e. V. zum Forward2business Kongress führte Frau Dr. Sachse aus, dass es außerordentlich wünschenswert wäre, dass dieser Zuschuss erhalten bliebe, da auch die Veranstaltungsreihe der Marke Forward2business Kongress in Halle geblieben sei. Lediglich der bisherige Hauptverantwortliche führe eine ähnliche Veranstaltung an anderem Ort durch. Es wurde angeregt, dass dieser Zuschuss mit den bisher geplanten Projekten unteretzt werden soll,

um die Entscheidung in der Abschlussberatung zu erleichtern, ob der Zuschuss für die Wirtschaftsförderung erhalten bleibt oder gemäß dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Deckung des Antrages für den Radverkehr (Ausbau des Saaleradwanderweges) eingesetzt wird.

In Bezug auf eine Nachfrage zu den Sachausgaben eigene Veranstaltungen wies Frau Dr. Sachse darauf hin, dass diese gegenüber 2009 nicht erhöht eingeplant wurden. Die Haushaltsstellen Sachausgaben eigener Veranstaltungen (586000), Öffentlichkeitsarbeit und Werbung (588000) sowie weitere besondere Sachausgaben (620000) seien im Zusammenhang zu betrachten, da sie gegenseitig deckungsfähig seien. Bei einer Addition dieser Haushaltsstellen ergebe sich eine Verminderung um 18 T €. Aufgrund eines sehr lange nicht bestätigten Haushaltsplanes seien im Jahr 2009 auch einige Ausgaben nicht getätigt worden, die wünschenswert gewesen wären.

8400 Unternehmen der Wirtschaftsförderung (Zuschuss an TGZ und Stadtmarketing GmbH)

Herr Geier betonte aufgrund einer Nachfrage, dass Herr Neumann für das Projekt Stadt der Wissenschaft 2012 max. 25 T € aus dem Budget des Amtes für Wirtschaftsförderung finanzieren werde. Frau Dr. Sachse fügte an, dass die avisierten 25 T € momentan noch nicht in Rede stehen, da die Empfehlung des Expertengremiums noch nicht gegeben worden sei.

8400 Unternehmen der Wirtschaftsförderung Investitionsmaßnahmen VHZ 006, VHZ 018
8420 Kommunalen Handwerkerhof

Zur Haushaltsstelle Fernmeldeentgelt erläuterte Frau Dr. Sachse, dass in dieser HHSt (1.600 €) die Kosten für das Sicherheitssystem von Aufzügen geplant sei. Die Verwaltung wurde deutlich angeregt, zu überprüfen, ob diese Kosten auf die Mieter des Kommunalen Handwerkerhofes umgelegt werden können. Falls dies möglich sei, solle es schnellstmöglichst umgesetzt werden.

VMH Wifö

Herr Götte führte entsprechend einer Nachfrage aus, dass die in der Haushaltsstelle 2.8400985000 (Investitionszuschuss an kommunale öffentlich-wirtschaftliche Unternehmen) geplanten Ausgaben keine Erhöhung für ein nicht genehmigtes Flächenmanagement sei. Er verwies auf eine Vorlage, die im Stadtrat am 23.6.2009 behandelt wurde und in dieser in Halle Ost Förderprojekte u. a. für Straßen beschlossen wurden. Sonst handele es sich nur um Flächen im Erschließungsgebiet an der A 14. Der Investitionszuschuss werde geteilt in förderfähige und nicht förderfähige Anteile.

Herr Geier sagte eine Überprüfung und ggf. Veränderung des Textes der Erläuterungen zu.

In Bezug auf die Haushaltsstelle 2.8400330900 - 002 Jahresansätze - Veräußerung von Beteiligungen; Teilausgleich Altfehlbeträge erläuterte Herr Geier, dass diese Position mit dem Blatt zum Abbau des Altfehlbetrages korrespondiere und an dieser Stelle auch in den Jahresscheiben untersetzt sei. In der Aufstellung zum vorläufigen Jahresergebnis 2009 seien diese Ansätze nicht betrachtet worden. Die Anregung einiger Stadträte auf Änderungsblätter könne zurzeit noch nicht umgesetzt werden, da der Gremienlauf bestimmter Positionen, die Einfluss auf den Abbau des Altdefizits haben, noch nicht abgeschlossen sei.

Amt 23 Liegenschaftsamt

6801 Parkplätze

Was die Entgelte für Dauerparkplätze betrifft, erläuterte Frau Herrmann, dass aus steuerlichen Gründen eine Umorganisation vorgenommen wurde. Ein Teil der noch 2009 im Unterabschnitt 6801 Parkplätze veranschlagten Einnahmen sei jetzt im Unterabschnitt 8810

bei der Haushaltsstelle Erlöse aus Mieten und Pachten aus unbebauten Grundstücken enthalten. Sie erläuterte die Thematik der steuerlichen Veranlagung. Zu den Personalkosten führte Frau Herrmann aus, dass die Bearbeitung der Parkplätze ein Teil einer Personalstelle im Liegenschaftsamt sei. Dieser Teil werde mit dem Betrieb gewerblicher Art verrechnet und in der Steuererklärung angegeben.

8800 Wohn- und Geschäftsanwesen (außer Bew. 100 und 110)

Frau Herrmann erläuterte die Veränderungen bezüglich der Veranschlagungen der Garagen und die Thematik der Mehrwertsteuer für die Garagen. Sie führte weiter aus, dass sich viele Garagen im Eigentum der Stadt Halle (Saale) befinden und vermietet werden. Sie müssen in einen Zustand gebracht werden, dass sie auch vermietbar sind. Aus diesem Grund müssen z. B. defekte Tore und undichte Dächer repariert werden. Als Ergebnis könne ein Überschuss von über 1 Mio. erzielt werden, der als Einnahme der Bewirtschaftung im Amt 23 verbucht werden könne. Die Wirtschaftlichkeit für den Einsatz von 60 T€ für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen sei gegeben, da ca. 1 Mio. € als Einnahme entgegenstehen. Die Steigerung des Ansatzes zum Vorjahr begründete Frau Herrmann mit dem Instandhaltungstau.

(18:00 Uhr – Herr Koehn kam in die Sitzung.)

Zur Haushaltsstelle 655000 Sachverständigen- und Wertgutachterkosten informierte Frau Herrmann auf Nachfrage, dass diese Ausgaben zum größten Teil für die gesetzlichen Vertreter der Eigentümer und für Gerichtsvollzieherkosten geplant seien. Der Teil für die Gutachter sei sehr klein.

VMH

Frau Herrmann erläuterte, dass in der Haushaltsstelle 2.8800340000 Veräußerung von Gebäuden und Grundstücken der Ansatz der Einnahmen für den allgemeinen Vermögenshaushalt nicht für Abbau Altfehlbeträge eingeplant sei. Die Einnahmen für das Stadion werden im Unterabschnitt 5600 verbucht

Zu den Erläuterungen bezüglich der Abrissgrundstücke wies Frau Herrmann darauf hin, dass diese keine Prioritätenliste darstellen. Das Liegenschaftsamt brauche eine gewisse Flexibilität.

Herr Geier bestätigte, dass die Erläuterungen im Haushalt informellen Charakter haben. Frau Gruß fügte an, dass nur Sperrvermerke verbindlich wären.

Frau Herrmann bestätigte, dass bei den geplanten Abrissgebäuden keine noch genutzten Turnhallen dabei seien.

Im Hinblick auf die geplanten Ausgaben für die Rennbahn (Seite 506) erläuterte Herr Biellecke, dass am Tribünengebäude dringend eine Betonsanierung notwendig sei. Die wichtigsten Stellen sollen überprüft und eine Notreparatur durchgeführt werden.

Die Verwaltung wird gebeten, eine Entscheidungsvorlage über die langfristige Zukunft der Rennbahn vorzubereiten. Erst nach der Entscheidung über das weitere Bestehen könne entschieden werden, ob der Einsatz kommunaler finanzieller Mittel sinnvoll ist.

Wiedervorlage dieser Haushaltsposition am 13.4.2010 zur Entscheidung, ob Sperrvermerk bis zur endgültigen Entscheidung, wofür und wie viel Geld ausgegeben werden soll, angebracht wird.

Eigenbetrieb für Arbeitsförderung

8410 Eigenbetrieb für Arbeitsförderung

Herr van Rissenbeck führte aus, dass 193 Mitarbeiterstellen als Kommunalkombi-Stellen geführt werden, die vom Efa bearbeitet und finanziert werden. 89 % der Stellen seien mit Personen über 50 Jahre besetzt und 45 % seien Frauen. Alle Mitarbeiter werden nach gültigem Tarif in 7 Tätigkeitsfeldern beschäftigt. Er sagte einen Bericht zu. Im Ergebnis könne festgehalten werden, dass durch diese Beschäftigungen bei den Ausgaben für die Kosten der Unterkunft durch die Stadt ca. 300 T € weniger ausgegeben werden müssen.

VMH

Betreffs der geplanten Ausgaben in Höhe von 40 T€ führte Herr van Rissenbeck aus, dass bei langfristigen Förderprogrammen oft die Sachkosten nicht gefördert werden. Von diesen finanziellen Mitteln sollen Werkzeuge und Maschinen gekauft werden. Gemäß einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung rechne sich bei einem 3 Jahresprogramm Leasing nicht. Dies sei nur bei kürzeren Laufzeiten, z. B. 6 Monate, günstiger.

Auf Nachfrage zum Wirtschaftsplan erläuterte Herr van Rissenbeck, dass dieser am 25.11.2009 im Stadtrat beschlossen wurde. Im Ansatz für den Investitionszuschuss an kommunale Sonderrechnung - Kauf von Geräten und Maschinen - seien gegenüber dem VMG 9 T € mehr geplant. Der Eigenbetrieb für Arbeitsförderung könne aber auch mit dem geringeren Betrag auskommen. Das Landesverwaltungsamt habe den Wirtschaftsplan zur Bewirtschaftung freigegeben.

Die Verwaltung wird um Überprüfung und Abstimmung auf korrekte Ansätze gebeten. (Wiedervorlage der von der Verwaltung angestrebten Verfahrensweise bzw. Änderungsblätter am 13.04.2010).

Herr van Rissenbeck betonte, dass es selbstverständlich sei, dass nur in der Höhe der tatsächlichen Zuschusshöhe Ausgaben veranlasst werden.

Tierheim

1120 Tierheim

Bezüglich des Tierheims führte Herr Jacob aus, dass der Zoo das städtische Tierheim im Auftrag der Stadt betreibe. Seit Jahren sei der städtische Zuschuss gleich geblieben und die Steigerungen der Stromkosten usw. konnten durch Spenden und Nachlässe gedeckt werden. Ab dem Jahr 2008 müssen 21 T € Umsatzsteuer an das Finanzamt abgeführt werden. Das Defizit summiere sich auf ca. 40 T €. Die Zahl der Tiere sei zwar gesunken, jedoch nicht in dem Maß, wie die Einwohner zurückgehen. Im Jahr werden ca. 350 Tiere betreut. Bei entlaufenen Tieren, die dann abgeholt werden, müssen die Besitzer einen Ausgleich zahlen. In Höhe von ca. 14 T € werden Einnahmen durch die Vermittlung von Tieren und durch Pensionstiere erzielt. Die Erhaltung sei auf das Notwendigste reduziert.

Zoologischer Garten

3230 Zoologischer Garten

Im Hinblick auf das Totenkopffaffenhaus erläuterte Herr Jacob, dass dessen Zustand seit 5 Jahren bekannt sei. Beim Bau wurde imprägniertes Holz verwendet, welches sich im Nachhinein als nicht geeignet herausstellte. Vor 4 Jahren wurden die Reparaturarbeiten eingestellt, da sie nicht den gewünschten Erfolg brachten. Die geplante Lebenszeit wurde um 7 Jahre unterschritten. Bei der geplanten grundhaften Sanierung seien neue Wände geplant und die Konstruktion aus Alu. Dies sei zwar nicht ökologisch, jedoch wirtschaftlich für diesen Zweck sinnvoll. Weiterhin werde die gesamte Heizung, die Lüftung und das Dach

erneuert, was zu einem günstigeren Wärmeeinsatz führe. Eine jetzige Kostenschätzung weise einen Betrag in Höhe von 750 T Euro aus. Der Bau werde ohne die Begleitung durch einen Architekten durchgeführt, weil keine grundlegende Änderung vorgenommen werden sollen.

Im Zoo der Stadt Magdeburg bestehen die gleichen Probleme. Eine Haftbarmachung des Architekten versuche die Stadt Magdeburg seit Jahren vergebens.

zu 4 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Anträge von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 5 schriftliche Anfragen von Stadträten

Schriftliche Anfragen von Stadträten lagen nicht vor.

zu 6 Mitteilungen

Eissporthalle

Herr Geier avisierte für die geplanten Ausgaben für die Eissporthalle ein Änderungsblatt für den Haushaltsplan, in dem die neue Zuordnung verdeutlicht werde.

zu 7 mündliche Anfragen

Zuwendung an die Stiftung Moritzburg

Herr Wolter führte zur Thematik Zuwendung an die Stiftung Moritzburg aus, dass im Haushaltsbeschluss dargestellt werden müsse, dass die Stadt die 130 T Euro finanziert, weil auch die Stadt den Vertrag schließe. Er fragte an, warum kein Ansatz im städtischen Haushalt gebildet wurde.

Herr Dr. Wöllenweber fragte an, warum nicht die Formulierung des vorigen Vertrages benutzt wurde?

zu 8 Anregungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender des
Ausschusses

Egbert Geier
Beigeordneter
Finanzen und Personal

Martina Beßler
Protokollführerin